

Antrag E03: Gegen den Einfluss der Volksrepublik China und für eine unabhängige Sinologie

Laufende Nummer: 16

Antragsteller*in:	Juso-Hochschulgruppen Brandenburg (Landeshochschulgruppen), Juso-Hochschulgruppen Nordrhein-Westfalen (Landeshochschulgruppen)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	E - Europa & Internationales

- 1 Die Volksrepublik China bedroht durch ihren nationalistischen und expansiven Kurs die
2 Sicherheit vieler asiatischer Staaten und unterdrückt die chinesische Bevölkerung
3 massiv. Das Regime der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) verletzt täglich die
4 universellen Menschenrechte, indem es unter anderem kein Recht auf Meinungs- und
5 Presse- und Religionsfreiheit gewährt.
- 6 Hinzu kommt die systematische Verfolgung von Uigur*innen, eine in China lebende
7 turksprachige Ethnie mit größtenteils muslimischem Glauben. Sie werden zu Millionen
8 in Lagern interniert und zur Zwangsarbeit genötigt. In den Lagern findet Folter statt
9 und insbesondere Frauen wird sexuelle Gewalt angetan. Das Ausmaß dieser Verbrechen
10 ist schon länger bekannt, spätestens seit den Berichten um die „Xinjiang Police
11 Files“ im Mai dieses Jahres aber auch hinreichend belegt. Nicht zuletzt konnten auch
12 Konzerne im Technologie-, Bekleidungs- und Automobilsektor von der
13 menschenrechtsverletzenden Lage in Xinjiang profitieren und dort günstig Produkte
14 herstellen. Unter dem Deckmantel des angeblichen Kommunismus in China wird eine
15 extreme Form der kapitalistischen Ausbeutung betrieben.
- 16 Der Herrschaftsstil der KPCh zieht allgemein Hanchines*innen, die 92% der Bevölkerung
17 ausmachen, vor. Andere Bevölkerungsgruppen, wie eben die Uigur*innen, aber auch
18 buddhistische Tibetaner*innen oder Mongol*innen, werden politisch und
19 gesellschaftlich ungleich behandelt.
- 20 Seit der Übergabe Hongkongs durch Großbritannien an die Volksrepublik 1997 baut die
21 KPCh ihren Einfluss im Stadtstaat weiter aus. Noch bis 2047 soll die
22 Sonderverwaltungszone eine offiziell eigenständige Innenpolitik mit eigens gewählter
23 Regierung beibehalten können. Doch seit der letzten großen Protestwelle 2019/2020
24 änderte die KPCh das Wahlsystem, sodass nur Peking-treue Abgeordnete ins lokale
25 Parlament gewählt werden können. Zudem verabschiedete sie ein Sicherheitsgesetz,
26 welches die Auslieferung Hongkonger Bürger*innen und den Einsatz chinesischer
27 Sicherheitskräfte in Hongkong erlaubt.
- 28 Dazu kommen die Gebietsansprüche der Volksrepublik an die Republik China (Taiwan) und
29 an große Teile des südchinesischen Meeres, die es auch in regelmäßigen Abständen
30 militärisch durchzusetzen droht.
- 31 Der expansive Kurs der Volksrepublik China gefährdet die internationale Ordnung und
32 wir als internationalistische Studierendenverband setzen alles daran, den Einfluss
33 der KPCh in Deutschland und in deutschen Hochschulen zurückzudrängen. Aus Russland
34 und seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine zu lernen heißt auch, frühzeitig Zeichen
35 von aggressiven Imperialismus zu erkennen.
- 36 **Kritische Wissenschaft und Forschung über chinesischen Kooperationen**

37 Ein Teil der Strategie der Volksrepublik, sein autoritäres System aufrechtzuerhalten
38 und zu expandieren, ist die Einflussnahme auf die akademische Welt. So gründeten sich
39 2004 an deutschen Universitäten die ersten Konfuzius-Institute, die einen ähnlichen
40 Anspruch haben sollen wie die deutschen Goethe-Institute. Die Konfuzius-Institute
41 haben das Ziel, die chinesische Kultur und Sprache sowie die chinesische Lehre
42 international zu fördern, den internationalen Austausch zu ermöglichen und
43 unterstehen dem chinesischen Bildungsministerium. Sie sind meistens an das Fach
44 Sinologie angegliedert. Die Finanzierung wird anteilig von der chinesischen Regierung
45 der Gasthochschule vorgenommen. Auch wenn ein Vergleich mit den Goethe-Instituten auf
46 den ersten Blick naheliegt, so wird ihnen auch unterstellt, Propaganda der KPCh zu
47 verbreiten und durch Verzerrung die Wissenschaftsfreiheit zu gefährden. Ihre
48 Ausbreitung wird mit Bedenken und Kritik beobachtet. Unter anderem kam es auch zu
49 Vorwürfen der Spionage, Überwachung und Diskursverschiebung. Sie vertreten aktiv die
50 Positionen der KPCh und bekämpfen kritische Forschung. Zudem sind die Konfuzius-
51 Institute im Gegensatz zu den Goethe-Instituten direkt an den Universitäten
52 angegliedert. Ihnen stehen Räumlichkeiten zur Verfügung und sie sind in den
53 universitären Gremien vertreten.

54 Die derzeitige Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) forderte 2022
55 bereits eine Abkehr deutscher Hochschulen von der Zusammenarbeit mit den Konfuzius-
56 Instituten.

57 Der aktive politische Einfluss der KPCh auf die universitären Einrichtungen zeigt
58 sich beispielsweise bei einem Vorfall an der Universität Duisburg-Essen und
59 Universität Hannover im vergangenen Jahr: auf Druck von Vertreter*innen der
60 chinesischen Regierung wurde eine Buchvorstellung über den chinesischen Staatschef Xi
61 Jinping kurzfristig abgesagt.

62 Die Volksrepublik selbst steht laut Academic Freedom Index 2022 einen der letzten
63 zehn Plätze. Hochschulpolitisch kann dieses Land für freiheitliche Demokratien kein
64 Partner sein.

65 Als jungsozialistischer Studierendenverband, der sich sowohl national als auch
66 international für eine gesellschaftskritische Lehre und Forschung einsetzt,
67 verurteilen wir die Beeinflussung des wissenschaftlichen Betriebs seitens der
68 chinesischen Regierung. Regimekritische Forschung zu den Verhältnissen in China muss
69 geschützt und weiter garantiert werden!

70 Internationalen akademischen Austausch fördern - aber ohne CSC

71 Internationaler Studierendenaustausch ist von großer Bedeutung, da er den kulturellen
72 Austausch fördert und das Verständnis zwischen verschiedenen Nationen vertieft.
73 Darüber hinaus ermöglicht er den Studierenden, neue Perspektiven zu gewinnen und ihre
74 interkulturellen Kompetenzen zu entwickeln, was in einer globalisierten Welt von
75 unschätzbarem Wert ist. Doch auch über Austauschprogramme versucht die chinesische
76 Regierung, Einfluss an den deutschen Hochschulen zu gewinnen und
77 Überwachungsstrukturen zu etablieren. Das sogenannte China Scholarship Council ist
78 eine untergeordnete Behörde des chinesischen Erziehungsministeriums und hat den
79 Anspruch, den internationalen akademischen Austausch mit China zu fördern. In
80 Wahrheit werden aber über die Vergabe von Stipendien chinesische Studierende im
81 Ausland zu Gehorsam und Staatstreue genötigt, wie mehrere westliche Medien in diesem
82 Jahr berichteten. Das CSC verlangt in den Verträgen Loyalitätserklärungen gegenüber

83 der KPCh. Chinesischen Austauschstudierenden ist es unter Androhung von Strafen und
84 Konsequenzen für Familienangehörige in China verboten, sich an Aktivitäten zu
85 beteiligen, "die dem Interesse des Mutterlandes schaden". Sogar das Ausleben der
86 eigenen Homosexualität ist den betreffenden Studierenden untersagt. Wir fordern
87 deshalb alle deutschen Hochschulen auf, ihre Zusammenarbeit mit dem CSC-
88 Stipendienprogramm auf den Prüfstand zu stellen und bestehende Verträge ggf.
89 auszusetzen. Wir möchten weiterhin, dass chinesische Studierende nach Deutschland
90 kommen. Die sollte aber zukünftig ohne CSC-Stipendien vonstattengehen. Damit jedes
91 Ergebnis der Überprüfungen jedoch weiterhin sozial verträglich durchgeführt werden
92 kann, fordern wir ein Ausgleichfinanzierungsprogramm des Bundes, das dafür sorgt,
93 dass der Studierendenaustausch möglichst unabhängig von der finanziellen
94 Ausgangssituation durchgeführt werden kann.

95 **Chinesisches Militär raus aus den Hochschulen!**

96 Internationale Wissenschaftskooperation sind gerade für uns als
97 internationalistischer Studierendenverband wichtig und zentral für einen globalen
98 wissenschaftlichen Austausch. Jedoch sind gerade in unsicheren internationalen Zeiten
99 wie diesen die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit autokratischen Regimen wie
100 Russland und China problematisch. Das internationale Recherchekollektiv „China
101 Science Investigation" hat Anfang 2022 entscheidende Ergebnisse hinsichtlich
102 europäischer Wissenschaftskooperationen mit China erzielen können. Das Ergebnis ist
103 erschreckend: Europäische Forscher*innen haben demnach in den vergangenen zwei
104 Jahrzehnten fast 3.000 Studien veröffentlicht, die zusammen mit chinesischen
105 Universitäten entstanden sind, die vollständig dem Militär untergeordnet sind.
106 Dass auch deutsche Universitäten der Volksrepublik dabei helfen, ihr Militär
107 aufzurüsten, ist für uns als Juso-Hochschulgruppen untragbar. Vor dem Hintergrund der
108 aggressiven Politik der Volksrepublik nach innen und nach außen, darf es nicht sein,
109 dass deutsche Hochschulen die Volksrepublik und die KPCh dabei unterstützend zur
110 Seite stehen. Ein weiterer Teil ist die Beeinflussung des wissenschaftlichen Betriebs
111 immer dort, wo regimiekritisch zu den Verhältnissen in China geforscht und publiziert
112 wird.

113 So gründen sich an deutschen Universitäten Konfuzius-Institute, die einen ähnlichen
114 Anspruch haben sollen wie die deutschen Goethe-Institute. Diese Institute bieten
115 jedoch nicht nur Sprachkurse oder Seminare zu Kulturwissenschaften an, sondern
116 vertreten aktiv die Positionen der KPCh und bekämpfen kritische Forschung. Als Juso-
117 Hochschulgruppen sehen wir die Gefahr vor allem darin, dass deutsche Universitäten
118 ihre China-Kompetenzen komplett in die Hände der Konfuzius-Institute legen, die von
119 China aus finanziert werden. So werden mittelfristig die Mehrzahl der Forschenden im
120 Bereich der Sinologie keine freien Wissenschaftler*innen sein, sondern sich in
121 Abhängigkeit zur KPCh selbst befinden. Für uns ist klar, solange Universitäten für
122 die Einrichtung der Konfuzius-Institute vom chinesischen Staat bezahlt werden, kann
123 kritische Wissenschaft nicht stattfinden.

124 Wir fordern eine grundsätzliche Veränderung im Umgang mit dem Regime der KPCh und mit
125 Forschungsk Kooperationen mit der Volksrepublik. Als Juso Hochschulgruppen stehen wir
126 für eine Wissenschaftsfreiheit, die nicht beeinflusst wird durch staatliche
127 Propaganda und Beeinflussung. Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass es einer
128 Förderung insbesondere kleinerer kulturwissenschaftlicher Institute bedarf, um eine

129 diverse Fächerlandschaft zu erhalten. Dies sollte jedoch den Standards der
130 Wissenschaftsfreiheit entsprechen.

131 **Deshalb fordern wir:**

- 132 • Weiterhin Solidarität mit den Uigur*innen in China. Es reicht nicht aus,
133 einzelne zweitrangige Funktionäre zu sanktionieren. Die Staatengemeinschaft und
134 Deutschland müssen das chinesische Regime stärker unter Druck setzen, die
135 Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Xinjiang einzustellen.
- 136 • Die Schließung aller Konfuzius-Institute in Deutschland und eine damit
137 verbundene Ausfinanzierung der Sinologie durch Bund und Länder. Stattdessen soll
138 die Förderung kleiner, unabhängiger Kulturinstitute in dem Bereich intensiviert
139 werden.
- 140 • Eine strenge Kontrolle von sämtlichen Forschungsk Kooperationen, die Verbindungen
141 zur KPCh haben. Insbesondere Forschungen, die zur Produktion von militärischen
142 oder sogenannten Dual-Use-Gütern dienen, müssen dem Zugriff der KPCh entzogen
143 werden.
- 144 • Die Überprüfung der Zusammenarbeit deutscher Hochschulen mit dem China
145 Scholarship Council-Stipendienprogramm und eine gleichzeitige Etablierung eines
146 Ausgleichfinanzierungsprogramm des Bundes, das dafür sorgt, dass der
147 Studierendenaustausch möglichst unabhängig von der finanziellen
148 Ausgangssituation durchgeführt werden kann.